



PRESSEMITTEILUNG

Podiumsdiskussion über Chancengerechtigkeit in der Bildung

Berlin, 17.09.2021 - Der fünfte Gründungstag der CHANCEN eG liegt zwar schon einige Monate zurück, gefeiert wurde aber erst im September. Im Rahmen des fünfjährigen Jubiläums richtete die CHANCEN eG, die Hochschul- und Weiterbildung finanziert, am 17. September eine Podiumsdiskussion zum Thema Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit an der CODE University for Applied Sciences aus. Vertreter*innen aus Politik, Hochschule und Wissenschaft nahmen daran teil, moderiert wurde die Diskussion von der freien Journalistin Birgit Kolkmann.

Wie steht es um die Bildung in Deutschland?

Einleitend wies Prof. **Marcel Fratzscher**, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), auf die Eigenverantwortung jeder einzelnen Person hin: Selbst über das eigene Leben entscheiden zu können, sei sehr wichtig. Das gelte auch für Chancengleichheit. Die beste Investition für eine starke Wirtschaft sei eine in die Köpfe der Menschen. Ähnlich drückte sich auch MdB Dr. **Dietlind Tiemann** (CDU) aus: Der einzige Rohstoff des Landes sei das Wissen. Eine Bildungsförderung durch private Initiativen sollte eigentlich nicht nötig sein - Bildung sei eine Aufgabe des Staates. MdB **Cansel Kiziltepe** (SPD) betonte diesen Aspekt von einer anderen Seite: Sie wies auf die Wichtigkeit und Notwendigkeit einer kostenlosen Bildung von der Kita bis hin zum Berufsabschluss hin. Das BAföG basiere zwar auf einem guten Prinzip, sei aber heutzutage schlecht erreichbar und kaum noch hilfreich, sagte MdB Dr. **Jens Brandenburg** (FDP). **Joschka Knuth**, MdL in Kiel (Bündnis 90/Die Grünen), betonte die fehlenden Erfahrungen der zumeist akademisch gebildeten Politiker*innen. Es würden mehr Arbeiterkinder in den Parlamenten benötigt. Letztendlich sei keinem das komplette Ausmaß der Bildungsungleichheit bewusst, so Dr. **Konrad Schily** (Mitgründer und langjähriger Präsident der Universität Witten/Herdecke).

Wie kann Veränderung eintreten?

Dass die Bildungspolitik verändert werden muss, wurde nicht in Frage gestellt. Im Gegenteil: Alle Teilnehmenden sprachen von dieser Notwendigkeit. Auch am Geld scheitere es - eigentlich - nicht: Es sei da, es müsse nur anders verteilt werden.

Leider ist das Modell des Umgekehrten Generationenvertrages (UGV) vielen Steuerberater*innen und Finanzämtern zu unbekannt, berichtete Knuth, der sein Studium selber mit einem UGV finanziert hatte. Prof. Fratzscher sprach sich grundsätzlich gegen Studiengebühren aus - es sei denn, es gebe alternativ eine staatliche Komplettfinanzierung der Weiterbildung. Dr. Schily zitierte John F. Kennedy ("Es gibt nur eins, was auf Dauer teurer ist als Bildung: keine Bildung") und kritisierte den zu komplexen Bewerbungsprozess für BAföG. Relevant dürfe nur sein, ob ein Mensch an einer Weiterbildungseinrichtung eingeschrieben sei oder nicht; mehr dürfe keine Rolle spielen, insbesondere nicht das Einkommen der Eltern oder das soziale Umfeld. Joschka Knuth ergänzte, dass ein elternunabhängiges BAföG zu weniger emotionaler Belastung und geringeren Bürokratiekosten führen.



Ist das Abitur das richtige Zugangskriterium für ein Studium?

Nach Ansicht von Cansel Kiziltepe ist der Bildungsdruck und das Schauen auf Exzellenz nicht zielführend. In eine ähnliche Richtung argumentierte Dr. Dietlind Tiemann: Nicht alleine die Abiturnote solle ausschlaggebend sein, sondern ergänzt werden von persönlichen Faktoren. Des Weiteren sollte in Dr. Schilys Augen der Hochschulzugang vom Abitur getrennt werden. Somit könnten deutlich mehr als die aktuellen 1% der Studierenden auch ohne formale Hochschulreife ein Studium absolvieren.

Prof. Fratzscher wies daraufhin, dass auch der Staat selbst von den Vorteilen einer für alle zugänglichen Bildung profitieren würde: Mehr gut ausgebildete Bürger*innen würden eine höhere Wertschöpfung erzielen, mehr verdienen und somit auch mehr Steuern zahlen. Zudem sei das Interesse an einer Änderung der bestehenden Verhältnisse unterschiedlich verteilt: Stark ausgeprägt sei dies in bildungsschwachen Ländern; kaum vorhanden in den bildungsstarken Bundesländern. Dies wurde von Jens Brandenburg untermauert: Gemäß OECD herrsche in Deutschland eine vergleichsweise hohe Bildungsabhängigkeit vor; im Schnitt werde weniger als in anderen Staaten in Bildung investiert.

Doch wie kann das Problem der Bildungsungleichheit schon so lange bestehen und doch neu sein? Knuth rief zu mehr Wahlbeteiligung und zudem auch politischem Engagement auf. In einer Demokratie brauche es für Veränderungen Mehrheiten: Das gelte vor allem für die großen herausfordernden Themen dieser Zeit: Klimawandel, Bildungsgerechtigkeit und Digitalisierung.

Eine [Aufzeichnung der Podiumsdiskussion](#) ist auf unserem Youtube-Kanal zu finden.

Medienkontakt

Annette Littmann, littmann@chancen-eg.de; +49 1520 326 81 47

Über die CHANCEN eG

Die CHANCEN eG macht es sich seit ihrer Gründung 2016 zur Aufgabe, jungen Menschen unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten genau das Studium an einer nicht-staatlichen Hochschule zu ermöglichen, das sie sich wünschen. Das Modell: der Umgekehrte Generationenvertrag (UGV), der 1995 von Studierenden der Universität Witten/Herdecke entwickelt wurde. Derzeit unterstützt die CHANCEN eG über 1.100 Studierende an über 40 Bildungspartnern in über 100 Studiengängen. Seit Anfang 2018 ist das Sozialunternehmen mit seiner Tochter [CHANCEN International gGmbH](#) auch in Afrika aktiv: In Ruanda finanziert der internationale Ableger der CHANCEN eG derzeit 1.300 Studierende und startet aktuell eine große Initiative zur Ausbildungsfinanzierung von 10.000 Studierenden aus Ruanda, Kenia und Südafrika.